

Anmerkungen zur Debatte
um die Zukunft
der Volksparteien
im Wahljahr 2011

Totgesagte leben länger

Volker Kronenberg

In den vergangenen Jahren gehörte der Abgesang auf die Volksparteien zum guten Ton in den politischen Feuilletons der Republik. Zahlreiche Politikwissenschaftler stimmten der These vom Niedergang eines der zentralen Erfolgselemente der „Bonner Republik“ zu. Nur wenige Autoren hielten am „Erfolgsmodell Volkspartei“ fest. Und welches Bild ergibt sich zu Beginn des „Superwahljahres“ 2011?

FOCUS-Chefredakteur Wolfram Weimer prognostizierte unlängst: „Die Volksparteien kommen wieder.“ In der Sonntagsfrage des ZDF-Politbarometers für Januar erreichte die CDU mit sechsunddreißig Prozent wieder Regionen, die die Zuschreibung „Volkspartei“ rechtfertigen. Wie sind die Zukunftsaussichten der Volksparteien in diesem Jahr, in dem mit Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen und Berlin gleich sieben Landtagswahlen anstehen, zu beurteilen? Welche Herausforderungen stellen sich? Was müssen die Volksparteien tun, um ihren angestammten Status zurückzugewinnen?

Beitrag zur „geglückten Demokratie“

Zunächst gilt es, auf einen zentralen Aspekt hinzuweisen, der bei den Untergangspropheten selten Berücksichtigung findet: Das Modell Volkspartei war einer der wesentlichen, wenn nicht gar der zentrale Pfeiler, auf dem sich die sogenannte „Bonner Republik“ zur ersten erfolgreichen Demokratie auf deutschem Boden

entwickeln konnte. Es wird sich im zeit-historischen Rückblick tatsächlich wohl nur schwer bestreiten lassen, dass Union und SPD mit ihrem Anspruch beziehungsweise Selbstverständnis als Volksparteien und damit ihrer elektoralen Reichweite einen wichtigen Beitrag zur Fundierung, Stabilisierung und Entwicklung der „geglückten Demokratie“ (Edgar Wolfrum) geleistet haben. Sie bündelten verschiedene, durchaus gegensätzliche gesellschaftliche Strömungen und Interessen und integrierten diese innerparteilich. Zu einer kohärenten Position zusammengeführt, brachten sie diese dann in den parlamentarischen Willensbildungsprozess ein.

Dem Gemeinwohl verpflichtet

Nach Auffassung des Heidelberger Politikwissenschaftlers Dieter Nohlen meint „Volkspartei“ die „Selbstbezeichnung von Großparteien wie der SPD, CDU und CSU, die durch Ausweitung ihrer Wählerbasis nach möglichst vielen Stimmen für strategische Mehrheiten streben. Ihre politische Rhetorik und werbende Selbstdarstellung stützt sich dabei auf den Anspruch, schichtübergreifend und weltanschaulich verbindend breite Wählerschichten in sich aufzunehmen und in ihrer Interessenvielfalt ausgleichend vertreten zu wollen.“

Diese Definition zielt auf die gesellschaftliche und politische Integrations- und Stabilisierungsleistung der Volksparteien ab, die sich in ihrer politischen Zielsetzung keinen partikularen Interes-

sen, sondern vielmehr dem Gemeinwohl verpflichtet sehen. Diese Leistung der Volksparteien ist, retrospektiv betrachtet, beachtlich. Es war ja nicht so, dass die heute oftmals so verklärte „alte Bundesrepublik“ ein Hort frei von gesellschaftlicher Polarisierung gewesen wäre. Ganz im Gegenteil: Vom Streit über die Westbindungs- und Ostpolitik über den Protest der 68er-Generation bis hin zu den gesellschaftlichen Verwerfungen des RAF-Terrors und den Debatten über den NATO-Doppelbeschluss war die „Bonner Republik“ eine im Wortsinne „streitbare Demokratie“. Angesichts dessen ist es keineswegs selbstverständlich – gerade auch im europäischen Vergleich –, dass das Parteiensystem so lange so stabil geblieben ist.

Chiffre „Weimar“

Doch bei aller Freude über das Erreichte tauchen seit einiger Zeit immer wieder und immer häufiger Fragen auf, die die Stabilität, das Fundament der Bundesrepublik betreffen und in der Frage münden: „Droht Berlin das Weimarer Schicksal?“ Die Chiffre „Weimar“ steht als Metetele für das Versagen des Parlamentarismus, für parteipolitische Zersplitterung, für Koalitionsunwillig- und -unfähigkeit sowie für das Fehlen einer hinreichenden demokratischen Kultur. Von alledem ist die „Berliner Republik“ meilenweit entfernt!

Es ist kein Rückfall in Weimarer Verhältnisse zu befürchten. Berlin wird so wenig Weimar werden, wie Bonn es wurde. Ein Niedergang der deutschen Parteiendemokratie steht also nicht bevor, ein Wandel hingegen ist evident: Der Parteienforscher Oskar Niedermayer hat diese Tendenzen zum Pluralismus eines „fluiden Fünfparteiensystems“ genau benannt. Und tatsächlich ist die Frage zunächst geklärt, ob sich die deutsche Parteiendemokratie von einem Vier- hin zu einem Fünf-Parteien-System gewandelt

hat. Der 27. September 2009 hat die Antwort für die Bundesebene formuliert: Die LINKE wird bis auf weiteres neben SPD, Grünen, FDP und Union dazugehören.

Das Ergebnis der letzten Bundestagswahl hat ebenso unmissverständlich die Probleme der Volksparteien dokumentiert. Damit korrespondiert, dass die Wahlbeteiligung mit 70,8 Prozent nie geringer war als bei dieser Bundestagswahl: Allein 1998 lag sie immerhin noch bei 82,2 Prozent, 2002 noch bei 79,1 Prozent, 2005 bei 77,7 Prozent – die höchste Wahlbeteiligung lag 1972 bei heute unvorstellbaren 91,1 Prozent.

Gravierende Verluste von SPD und Union

Blickt man hinsichtlich der gegenwärtigen Verfassung der Volksparteien auf die Statistik, so scheint sich ein düsteres Bild abzuzeichnen: Das gilt in erster Linie natürlich für die Sozialdemokratie, die bei der Bundestagswahl, in der sie mit dreiundzwanzig Prozent der Zweitstimmen – ihrem schlechtesten Ergebnis bei einer Bundestagswahl – 1,1 Millionen Wähler an die Linkspartei, 870 000 an die CDU/CSU, 860 000 an die Grünen, 520 000 an die FDP und 320 000 an andere verloren hat.

2,1 Millionen ehemalige SPD-Wähler blieben zu Hause. Im Vergleich zu 2005 hat die SPD rund 6,2 Millionen Zweitstimmen weniger erhalten und dramatische Einbrüche bei Arbeitern, Angestellten, Gewerkschaftsmitgliedern sowie jüngeren Frauen und Männern zu verzeichnen. Gegenüber der Bundestagswahl 1998, das heißt binnen einer guten Dekade, hat sich der Zweitstimmenanteil der mit 146 Jahren ältesten deutschen Partei mehr als halbiert, von 20,3 auf knapp zehn Millionen Wähler.

Die Union steht zwar etwas besser da, kann aber keineswegs zufrieden sein. Das enttäuschende Wahlergebnis von 2005 mit 35,2 Prozent wurde 2009 mit 33,8 Pro-

zent noch einmal unterboten. Die volksparteilich anzustrebende Marke von vierzig Prozent + x erreichte die Union letztmalig 1994, in den elf Wahlen zuvor lag sie seit 1953 stets darüber.

Man muss in diesem Zusammenhang auch zur Kenntnis nehmen, dass es der CDU seit einer Dekade bei Bundestagswahlen ohne die CSU nicht mehr gelungen ist, landesweit die Dreißig-Prozent-Hürde zu überwinden. Die Union erreicht bei den unter 45-jährigen Wählerinnen und Wählern ebenfalls keine dreißig Prozent mehr. Die bittere Lehre aus diesen Zahlen lautet: Je höher die Bürger dieser Jahrgänge qualifiziert und gebildet sind, desto geringer die Präferenz für die Christdemokraten.

Vermochten die Volksparteien zusammen in ihren Spitzenzeiten – 1972 und 1976 – zweiundachtzig Prozent aller Wahlberechtigten der Bundesrepublik an sich zu binden, so gaben 2009 noch nicht einmal vierzig Prozent CDU, CSU beziehungsweise SPD ihre Stimme. Gehörten der CDU in Spitzenzeiten, 1983, 735 000 Mitglieder an, so verfügt sie heute über 529 000 (die Schwesterpartei CSU zählt etwas mehr als 160 000 Mitglieder). Konnte sich die SPD auf dem Höhepunkt, 1976, auf knapp über eine Million Mitglieder stützen, so verfügt sie heute über 514 000. Allein im Zeitraum von 1990 bis 2010 hat die SPD 400 000 Mitglieder verloren.

Modernisierung versus Profilbildung

Die Ursachen für diesen Trend sind hinlänglich in der Literatur zur Parteienforschung beschrieben worden: Die tradierten Sozialmilieus und klassischen Konfliktlinien – darauf weist Franz Walter seit Langem zu Recht hin – haben sich zunehmend aufgelöst. Die klassische Konfliktlinie Arbeit versus Kapital hat sich heute vollkommen aufgelöst und ist durch mehrere disparate Nachfolgecleavages ersetzt worden. Viele der neuen gesellschaftlichen Trennungslinien las-

sen sich auch nicht mehr in das klassische Rechts-links-Schema einordnen. So transzendiert etwa der Konflikt zwischen Globalisierungsbefürwortern und Globalisierungskritikern oder derjenige zwischen veränderungsbereiten und veränderungsresistenten Kräften die herkömmlichen Parteigrenzen. Gesellschaftliche Individualisierungsprozesse führen zu einer Pluralisierung von Lebensstilen.

Darüber hinaus sind die Anforderungen an das Regieren in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Die Handlungsfähigkeit des Regierens im nationalstaatlichen Rahmen wird zunehmend von heterogenen Sachzwanggesetzmäßigkeiten überlagert. Die Politikverflechtung verwischt immer mehr die Rollenzuordnung von Regierungs- und Oppositionslager. Die Volksparteien haben auf diese Herausforderungen reagiert, indem sie ihre Programmatik zulasten ihres individuellen Profils immer weiter geöffnet haben. Damit gerieten sie in die sogenannte „Modernisierungsfalle“: Die Öffnung der Programmatik zur Erschließung neuer Wählerschichten führte oftmals zu Profilentschärfungen und Irritationen bei der eigenen Klientel.

Hinzu kommen die Rahmenbedingungen der modernen Mediendemokratie. Phänomene wie Kampagnenjournalismus, dramatisierende Inszenierung und *Infotainment* haben ebenfalls zum schlechten Ansehen der Parteien beigetragen. Der Wähler ist des durchgestylten, von Spin-Doktoren geschulten Talkshow-Politikertypus überdrüssig, der auf alles eine – allerdings nur sehr schwammige und ausweichende – Antwort weiß. Dass Selbstdarstellung heute zu einer politischen Kernkompetenz avanciert ist, tut der Demokratie nicht gut.

Neues Hoch und Suche nach dem Einenden

Doch all diesen Entwicklungen zum Trotz reibt sich der politisch Interessierte

Die Volksparteien müssen die richtigen Lehren aus 2010 als dem Jahr des „Wutbürgers“ ziehen. Gegner des umstrittenen Bauprojekts Stuttgart 21 legen sich am 30. Oktober 2010 im Schlossgarten in Stuttgart nach einer Demonstration vor dem Baugelände mit Polizeikräften an.

© picture alliance/dpa, Foto: Bernd Weißbrod



zu Beginn des Jahres 2011 angesichts der aktuellen Umfragewerte verwundert die Augen: Bei Infratest Dimap liegt die CSU in Bayern wieder bei sechsendvierzig Prozent. In Hamburg würden demnach gute siebzig Prozent der Wähler ihre Stimme der SPD oder der CDU geben. In Rheinland-Pfalz kommen die beiden klassischen Volksparteien laut Emnid sogar zusammen auf knappe achtzig Prozent. Auch in Baden-Württemberg hat sich der Frust der Wähler gegenüber den etablierten Parteien offenkundig gelegt. Wer hätte gedacht, dass nach dem „heißen Herbst“ von Stuttgart die Schlichtung Heiner Geißlers sich in einen Sieg für den amtierenden Ministerpräsidenten Stefan Mappus verwandeln würde? Unter seiner Führung erreicht die CDU mittlerweile nach den Zahlen von Emnid über vierzig Prozent in Wahlumfragen. Wie

passen diese Zahlen mit den soeben ausgeführten sozioökonomischen Bedingungen zusammen?

Der Politikwissenschaftler Warnfried Dettling argumentiert als einer der wenigen genau anders als viele politische Kommentatoren: Je pluralisierter, heterogener und auch individualisierter die Gesellschaft wird, umso notwendiger wird andererseits eine Idee vom Gemeinsamen, von dem, was bei aller Vielfalt das Einende ist, umso größer deshalb – auch richtig genutzt –, die Chance einer Volkspartei. Scheinbar paradox, aber aus volksparteilicher Perspektive durchaus eine Chance: Eine plurale, auch fragmentierte Gesellschaft entwickelt aus sich heraus die Nachfrage nach politischem Zusammenhalt, nach Akteuren und Institutionen, die erkennbar für das Ganze stehen können und sollen.

Volksparteien haben, auch gerade in ihrem Selbstverständnis als Parteien für das ganze Volk, keine Zukunft, wenn sie im Sinne einer Klientelpartei nur Partikularinteressen bedienen. Sie haben nur dann Chancen, wenn sie eine überzeugende Vorstellung vom Einenden, vom Gemeinsamen, mithin vom Gemeinwohl haben und eine glaubwürdige Antwort auf die Widersprüche unserer Zeit formulieren.

Wunsch nach Beteiligung

Die Volksparteien müssen die richtigen Lehren aus 2010 als dem Jahr des „Wutbürgers“ ziehen. Die Bürger wünschen sich mehr Beteiligung, mehr direktdemokratische Elemente und eine bessere Erklärung komplizierter politischer Entscheidungen. Demokratiethoretisch ist der Trend des vergangenen Jahres absolut zu begrüßen. Eines ist deutlich geworden: Die Bürger wollen mitgenommen werden! Sie wollen am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess beteiligt werden. Die Volksparteien haben diese Signale gehört, nun müssen sie nur noch umgesetzt werden. Will heißen: Volksparteien könnten so auch weiterhin ein Erfolgsmodell für die demokratische Kultur der Bundesrepublik Deutschland sein. Volksparteien könnten sogar gestärkt aus ihrer gegenwärtigen Krise in die Zukunft blicken, wenn sie eine Generationen und Milieus übergreifende Idee zur Zukunft von Gesellschaft und Staat artikulieren, wenn sie diese Idee mit einem ansprechenden personellen Angebot und einer überzeugenden Kommunikationsstrategie zu verbinden wissen und wenn sie Mut zu Konflikt und Wettbewerb haben.

Was? Wer? Wie?

Die Volksparteien haben auf elektoraler Ebene eine realistische Zukunftsperspektive, wenn sie sich künftig wieder stärker als in den zurückliegenden Jahren einer

ganz schlicht klingenden Trias vergewissern, die sich der Einfachheit halber auf drei W reduzieren lässt: Was? – Wer? – Wie? Was will die Partei jenseits der Summe kleinteiliger sachpolitischer Vorhaben? Wer soll Verantwortung tragen und Wähler gewinnen? Wie, auf welchem Wege der Vermittlung, gelingt dies am besten?

Diese „goldene Mitte“ immer wieder neu zu finden, ist die Aufgabe der Volksparteien, wollen sie auch in Zukunft Erfolgsmodell bleiben. Man wird die Mitte nicht finden indem man die Demoskopie zum alleinigen Kompass eigener Politik macht. Ohne Zweifel ist es wichtig zu wissen, welche Position in welchen Milieus den größten Zustimmungsquotienten erzielt. Nur kann die Demoskopie nicht die Formulierung, Begründung und Plausibilisierung der eigenen Politik ersetzen.

Natürlich dürfen Zeitgeist und demoskopische Zustimmung nicht ignoriert werden, doch umgekehrt wird ein Schuh draus: Man muss eine Idee haben, man muss wissen, wohin die Gesellschaft, das Land sich entwickeln soll, und dann muss man für diese Positionen werben, Zustimmung finden, die Deutungshoheit erkämpfen.

Die Herausforderungen für das Superwahljahr 2011 liegen klar auf der Hand: Wenn es den Volksparteien gelingt, überzeugende Leitideen und Motive für das große Ganze zu entwickeln, wenn sie sich für das Gemeinwohl und nicht für partikularistische Interessen einsetzen und sie dabei gleichzeitig die Bürger stärker beteiligen und mitnehmen, dann kann 2011 das Jahr der Volksparteien werden. In jedem Fall scheinen die allerorten zu hörenden Grabgesänge verfrüht zu sein. Es zeugt weder von zeithistorischer Sachkenntnis noch von politischer Weitsicht, die Akten des Kapitels Volksparteien schließen zu wollen. Totgesagte leben bekanntlich länger.